

**S**ie werden am 9. November, genau 80 Jahre nach den Novemberpogromen, in Berlin-Moabit bei der traditionellen Gedenkdemo sprechen. 1938 waren Sie zehn Jahre alt. Bitte erzählen Sie von Ihren Erlebnissen.

Ich ging damals auf die Schule der Jüdischen Gemeinde zu Berlin in der Großen Hamburger Straße, sie lag inmitten des einst von Jüdinnen und Juden stark geprägten Scheunenviertels im Ostberliner Stadtzentrum. Wegen der anhaltenden antisemitischen Stimmung und der Angriffe sind meine Klassenkameraden und ich in dieser Zeit schon nicht mehr allein zur Schule gegangen, sondern wir trafen uns am U-Bahnhof Weinmeisterstraße – so auch am 10. November 1938. Wir liefen dann weiter zum Hackeschen Markt, dem damaligen S-Bahnhof Börse, haben dort die nächste Gruppe empfangen, und es ging zusammen weiter Richtung Schule.

Was wir an diesem Tag aber erleben mussten, vergesse ich nie: Die jüdischen Geschäfte waren demoliert, die Scheiben eingeschlagen, die Einrichtungen lagen auf der Straße, die Waren wurden geplündert, und die SA stand in den Eingängen der Läden. Über der Synagoge in der Oranienburger Straße standen Rauchschwaden. Als wir dann in die Große Hamburger einbogen, sahen wir, wie im dortigen jüdischen Altenheim die Betten und Matratzen aus den Fenstern geworfen wurden – und auf dem jüdischen Friedhof waren die Grabsteine umgeworfen.

Es waren also sehr schreckliche Erlebnisse. Ähnliche Bilder gab es im gesamten Land. Vor der Schule standen schon einige Lehrer, die uns erwartet hatten; und sie schickten uns auf dem schnellsten Weg wieder nach Hause. Als ich dort ankam – mein Vater war Zahnarzt, und wir wohnten am Kottbusser Damm in Neukölln –, bekam ich mit, dass die Schilder der Praxis mit einem Davidstern beschmiert waren. Als ich die Treppe hochging, sah ich einen weiteren Stern in roter Farbe auf der Wohnungstür und den Spruch »Vorsicht: Hier leben Juden«.

**Wie sah Ihr Schulalltag aus?**

Die antisemitischen Angriffe, die wir in der Öffentlichkeit ertragen mussten, waren entsetzlich, aber sie schweißten uns jüdische Schülerinnen und Schüler auch zusammen. Bevor ich 1938 auf die Schule in Berlin-Mitte wechseln konnte, war ich der einzige jüdische Junge in der Klasse einer normalen Volksschule in der Sonnenallee in Neukölln. Weil ich jüdisch erzogen wurde – mein Vater war Jude und meine Mutter eine nichtreligiöse Christin – musste ich den Judestern tragen und den Namen »Israel« annehmen. Schon als sechsjährige Erstklässler hatten meine Mitschüler durch ihre Elternhäuser den Antisemitismus eingepflicht bekommen, ich war ausgegrenzt aus der Klassengemeinschaft, galt



Gedenkstein für die während der Pogromnacht im November 1938 zerstörte Synagoge in Leipzig

# »Wir hatten die gleiche Ausgrenzung erlebt«

Novemberpogrome gegen deutsche Juden vor 80 Jahren: Schon Erstklässlern wurde Antisemitismus eingepflicht. **Gespräch mit Horst Selbiger**



Horst Selbiger wurde 1928 in Berlin geboren. Er überlebte als sogenannter Geltungsjude den Holocaust. Durch die Protestaktion nichtjüdischer Ehefrauen und Angehöriger der zur Deportation bestimmten Juden in der Rosenstraße entging er 1943 dem Abtransport. Ab 1949 arbeitete er in der DDR als Journalist unter anderem für *Junge Welt* und *Neues Deutschland*, 1964 ging er in die BRD. Heute lebt er in Berlin-Mitte und ist Ehrenvorsitzender des Vereins »Child Survivors Deutschland – Überlebende Kinder der Shoah«

als »Judensau«, wurde bespuckt und geschlagen. In der jüdischen Schule war das dann anders: Wir hatten die gleiche Ausgrenzung erlebt und wurden eine geschlossene, freundschaftliche Gemeinschaft. Auch der Boxunterricht im jüdischen Berliner Verein Makkabi gab mir Kraft.

**Bis wann konnten Sie noch zur Schule gehen?**

1942 wurden alle jüdischen Schulen in Nazideutschland geschlossen. Von da an musste ich Zwangsarbeit leisten, zunächst in einer Uniformmützenfabrik. Als ich dort rausgeschmissen wurde, hatte ich schreckliche Angst, zum Arbeitsamt zu gehen, das in der Fontanepromenade ausschließlich für Juden eingerichtet worden war. Später musste ich in der Prinzenstraße in einer Rüstungs-

fabrik arbeiten und Metallteile entfetten. Bei der »Fabrikaktion« im Februar 1943 wurde ich verhaftet und in Arbeitskluft in das Sammellager in der entweihten Synagoge Levetzowstraße gebracht. Hier angekommen, klatschten herumgaffende Frauen auf der Straße Beifall. Nach wenigen Tagen gingen die ersten Transporte nach Auschwitz, sichtbar für die Berliner Bevölkerung. Juden aus sogenannten Mischehen und ihre jüdisch erzogenen Kinder – Geltungsjuden genannt – wurden durch die Nazis in ein Verwaltungsgebäude in der Rosenstraße verfrachtet. Durch den Aufstand der Frauen in der Rosenstraße (Angehörige der Verhafteten forderten mutig deren Freilassung, jW) wurde ich nach Tagen aus der Haft entlassen und lebte dann wieder in dem »Judenhaus« in Moabit, Turmstraße 9.

Unsere große Wohnung hatten wir schon 1938 räumen müssen.

**Wie ging es dann bis zur Befreiung für Sie weiter?**

Ich musste wieder Zwangsarbeit leisten, diesmal bei der Beseitigung von Trümmern nach Luftangriffen. Einen Schock erlebte meine Familie, weil mein Vater 1944 erneut verhaftet und in ein Gестапо-Gefängnis verschleppt wurde. Meine Mutter rettete ihm durch eine Bestechungsaktion das Leben. Er wurde für »transportunfähig« erklärt. Wir sahen ihn erst Mitte April 1945 wieder. Kurz nach der Befreiung wurde ich allerdings verhaftet, weil mich die Sowjets zunächst für einen faschistischen Soldaten hielten und, bis sich alles aufklärte, im Gefängnis in Plötzensee festhielten.

**Interview: Andreas Siegmund-Schultze**

■ Ein ausführliches Interview mit Horst Selbiger befindet sich in der fünften Ausgabe der Broschüre »Fragt uns, wir sind die letzten« (Download unter [fragtuns.blogspot.de](http://fragtuns.blogspot.de)). Buchtip: Horst Selbiger: Verfolgt. Verfolgt. Verraten. Abriss meines Lebens, Spurbuchverlag, 200 Seiten, 17,80 Euro  
■ Gedenkdemo: Freitag, 9. November, 17 Uhr, Mahnmahl Levetzowstraße, Berlin. Infos: [9november.blogspot.eu](http://9november.blogspot.eu)

## Das Pizzagate des Abendlandretters

Thüringer Neonazi wegen unpolitischer Delikte in U-Haft: »Kameraden« wittern Verschwörung

**N**ach der Inhaftierung des Thüringer Neonazis David Köckert am Dienstag vergangener Woche mobilisiert die rechte Szene zum Protest vor der Haftanstalt Hohenleuben. »Freiheit für David Köckert«, hieß es kurz nach seiner Festnahme auf der Facebook-Seite »Wir lieben Sachsen/Thügida«. Für Sonntag, den 11. November, wird eine Kundgebung vor der JVA angekündigt.

Dabei lassen sich die Delikte, die Köckert zur Last gelegt werden, gar nicht ohne weiteres als Engagement für die

Rettung des Abendlandes darstellen, wie es der Thüringer Pegida-Ableger propagiert: Erstens wirft ihm die Staatsanwaltschaft Gera vor, Anfang Oktober mit einem weiteren Beschuldigten einen Pizzaboten überfallen zu haben. In einem weiteren Ermittlungsverfahren geht es sodann um Sozialversicherungsbetrug. In diesem Fall soll Köckert für die Beschäftigten seiner Tattoostudios in Sachsen und Thüringen deutlich zu niedrige Sozialabgaben abgeführt haben. Im Zuge der Festnahme wurden in Sachsen und Thüringen an mehreren Orten

Wohn- und Geschäftsräume durchsucht, die Ermittler stellten Schlagringe und Pyrotechnik sowie Geschäftsunterlagen und Datenträger sicher. Der ehemalige Bautzener NPD-Kreischef Marco Wruck hatte dazu auf Facebook eine Erklärung für die Anschuldigungen parat: Es werde »lediglich ein Grund gesucht«, um eine »durchaus kritische und provokante Stimme in DDR-Manier mundtot zu machen«.

Der heute 39jährige Köckert galt Ende der 1990er Jahre als Kopf der Kameradschaft »Braune Teufel«, die sich auch

»Alkoholocaust« nannte, und bewegte sich im Umfeld des 2000 verbotenen Neonazinetzwerks »Blood and Honour« (»Blut und Ehre«). Kurz nach der Gründung der AfD im Jahr 2013 wurde er deren Mitglied. Allerdings wechselte er im Februar 2014 – entgegen dem Trend – zur Thüringer NPD und stieg dort schnell zum Landesorganisationsleiter auf. Nebenher baute er den Pegida-Ableger »Thügida« auf. Im Februar 2017 erklärte er seinen Austritt aus der NPD mit der Begründung, er wolle »nicht auf zwei Hochzeiten tanzen«. (jW)

### Gewalttätige Neonazis auf Lesbos identifiziert

**Lesbos/Athen.** Nach mehrmonatigen Ermittlungen haben Polizeifahnder 26 Griechen identifiziert, die im April Migranten und Polizisten auf der Insel Lesbos attackiert hatten. Wie die griechische Polizei am Dienstag weiter mitteilte, wird den Beschuldigten unter anderem Widerstand gegen die Staatsgewalt und schwere Körperverletzung vorgeworfen. Zum Teil organisierte Neonazis hatten am 22. April versucht, eine Besetzung des zentralen Platzes der Inselhauptstadt Mytilini durch Migranten »aufzulösen«. Sie hatten Migranten und Polizisten mit Steinen und Flaschen beworfen und Leuchtkegeln auf sie abgefeuert. (dpa/jW)

### Prozess gegen früheren SS-Mann in Münster

**Münster.** Wegen Beihilfe zum Mord in mehreren hundert Fällen muss sich seit Dienstag vormittag ein mutmaßlicher früherer Wachmann des deutschen Konzentrationslagers Stutthof in der Nähe des damaligen Danzig vor dem Landgericht Münster verantworten. Der heute 94jährige frühere SS-Mann hatte laut Anklage als Angehöriger der Wachmannschaft in Stutthof Kenntnis von den Naziverbrechen an Lagerinsassen und die Morde durch seine Wachtätigkeit willentlich gefördert. Das Verfahren gegen einen weiteren Beschuldigten wegen vergleichbarer Vorwürfe trennte das Münsteraner Gericht ab, weil die Verhandlungsfähigkeit des 93jährigen nicht abschließend geklärt war. Bei der Aufarbeitung von Massenverbrechen des Nazi-Regimes hatte sich in der Justiz in den letzten Jahren eine neue Rechtsauffassung durchgesetzt. Demnach müssen auch frühere KZ-Wachleute mit Anklagen rechnen. (AFP/jW)

### Landtagspräsidium: AfD-Kandidat fällt durch

**München.** Der AfD-Kandidat für das Amt eines der Vizepräsidenten im Bayerischen Landtag ist in der Plenarsitzung am Montag durchgefallen. Raimund Swoboda erhielt nur 27 Stimmen. 153 Abgeordnete votierten mit Nein, 22 enthielten sich, zwei Stimmen waren ungültig. Damit stimmten alle anderen Fraktionen nahezu geschlossen gegen Swoboda, der in der geheimen Wahl eine einfache Mehrheit der Stimmen gebraucht hätte. Die AfD stellt 22 Abgeordnete. Swoboda war von seiner Fraktion als Ersatzbewerber ins Rennen geschickt worden, nachdem der erste AfD-Kandidat, Uli Henkel, seine Bewerbung wenige Stunden vor Beginn der konstituierenden Sitzung zurückgezogen hatte. Henkel wird vom Verfassungsschutz beobachtet, alle anderen Fraktionen hatten sich deshalb gegen ihn gestellt. (dpa/jW)